

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Ausgabe monatlich M. 3,20 (einschließlich 10 Pf. für Transport), durch Postbestellung M. 3,20 (einschließlich 10 Pf. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pf.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marienstraße 38/32, Fernruf 2523. Postfachkonto 1008 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiebsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Kostenpreis: 30 mm breite Grundgröße 35 Pf., auswärts 40 Pf. Anzeigenabteilung u. Kabinett nach Tarif. Benützung von Stellenanzeigen erfordern die übliche Gebühr 30 Pf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unentgeltliche Schlußblätter werden nicht ausbezahlt.

Kampf um das Schicksal der Nation

Darré über seine Bauernpolitik

Berlin, 14. Juli. Reichsernährungsminister und preussischer Landwirtschaftsminister Darré sprach am Donnerstagabend im Landwehrkasino zur Presse. In einer kurzen Begrüßungsansprache gab der Minister der Erwartung Ausdruck, daß alle Teilnehmer von diesem Abend etwas mitnehmen würden, was die Arbeiten des kommenden Winters leitend durchdringe. Er selbst wolle die Generallinie zeigen, in der zu marschieren sei. Der kürzlich ernannte Sonderbeauftragte für bäuerliches Brautum für Sile und Westungarn, machte grundsätzliche Ausführungen, weshalb es notwendig gewesen sei, einen Sonderbeauftragten für diese Gebiete zu ernennen. Dem Landmann müsse die geistige und seelische Kraft zu seinem Lebenskampf gegeben werden, um Kultur zu schaffen und tragen zu helfen.

Reichsminister Darré

Selbst führte dann u. a. aus: Die vergangene Zeit hat die Wirtschaft berartig in den Vordergrund geschoben, daß auch die Ministerien und Behörden nichts anderes tun konnten, als diesem Primat der Wirtschaft Rechnung zu tragen. Schließlich war die Frage der Preisgestaltung das ausschließliche Interesse eines Ministeriums. Das war auch notwendig, denn wenn eine liberalistische Weltanschauung, die den Egoismus auf den Thron erhebt, den Staat durchdringt, bleibt nichts anderes übrig, als daß dieser Staat sich auf die Hilfe ausländischer Wirtschaftsverfechter, und daß dann die Hilfe ausschließlich über wirtschaftliche Gebiete geleitet werde. Wir müssen uns darüber klar werden.

Wenn wir heute dem Bauern helfen und ihm in irgendeiner Form eine Preisgestaltung ermöglichen, bei der er leben kann, können wir zwar schweres Unheil verhindern und das Bauerntum im Augenblick am Leben erhalten. Aber das bietet nicht die Gewähr dafür, daß Deutschland in Zukunft seinen Bauernstand behält.

Hier liegt der Schwerpunkt des Problems. Wir können mit Preispolitik nicht wirtschaftliche Maßnahmen verhindern, die in zehn oder fünfzig Jahren das deutsche Bauerntum vor genau dieselbe Situation stellen, in der es eben steht und aus der es sich mühsam freimacht. Warum soll nun diesem einen Stande geholfen werden, warum ist es notwendig, daß der Bauernstand erhalten bleibt? Man könnte sagen, wenn das nicht rentabel ist, muß es aus dem Wirtschaftskreislauf verschwinden. Vor noch nicht langer Zeit war dies die allgemeine Auffassung in Deutschland.

Die Frage des Bauerntums ist keine Ständefrage. Es handelt sich um eine elementare Frage des deutschen Volkes.

Ich möchte, daß man verstehen lernt: Unser Kampf und Ziel — der Kampf, den ich zu führen habe, geht nicht darum, daß wir in die Preisbildung eingreifen. Wir kämpfen um das Schicksal der deutschen Nation. In diesem Kampf erblicke ich die Unterstützung aller.

Die weiteren leitenden Gedanken des Reichsernährungsministers erläuterte der Bevollmächtigte für Agrarwerbung im Reichsernährungsministerium und Referent im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Karl Moberg, in einem Vortrag „Blut und Boden“.

Der von zahlreichen eindrucksvollen Lichtbildern begleitet war. Der Vortragende führte u. a. aus: Die wachsende Volkszahl im gleichbleibenden Raum bedinge die Verminderung der Lebens- und Ernährungsbedingungen. Es ergäbe sich zwei Möglichkeiten: Raumverweigerung auf dem Wege einer großräumigen Raumpolitik oder liberalistische Ueberindustrialisierung und Ausfuhrpolitik. Den Beweis, daß das Bauerntum allein der Lebensquell des deutschen Volkes sein könne, ließe als typisches Beispiel die Südostkolonisation der Banater Schwaben, deren Zahl sich in hundert Jahren verdreifacht habe. Wohin die liberalistische Entwicklung führen würde, zeige die Voraussetzungen Burgdorffers, daß Deutschland bei den jetzigen Verhältnissen in sechzig Jahren um vierzig Millionen Menschen zurückgegangen sein werde. Allein aus diesem Grunde stelle die Verfallener Herrschaft des deutschen Mens eine drohende Lebensgefahr für das ganze deutsche Volk dar. Der Verlust oder Zusammenbruch des Ostens bedrohe den stärksten Blutquell des deutschen Volkes.

Ein Vergleich der Geburtenzahlen der slavischen Ostvölker mit der des deutschen Volkes zeige die unmittelbare nationalpolitische Gefahr, die in der Ost-West-Umschichtung liege. In ähnlich verderblicher Weise habe sich die liberalistische Industrialisierung und Ausfuhrpolitik in Bezug auf die Sicherung der Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes ausgewirkt. Jedes Volk, das um leben zu können, auf Auslandseinfuhr angewiesen sei, befinde sich in direkter Abhängigkeit vom Ausland.

Solange die deutsche industrielle Ausfuhr die Grundlage der deutschen Volksernährung sichern solle, bane die deutsche Volkswirtschaft auf Sand, und heute wankte der Boden dieses Gebäudes.

Eine radikale Umstellung der nationalen Grundlinien sei die einzige Möglichkeit, welche das deutsche Volk nicht im

Volkswirtschaft verlinken, so bleibe lediglich der lebensgefährlich richtige Weg des Nationalsozialismus übrig: Neuverwurzelung von Blut und Boden auf dem Wege der Neubildung deutschen Bauerntums.

Raumpolitik hat Wirtschaftskrisen.

Der Redner schloß mit einem wirkungsreichen Hinweis an den starken Kampfgeistes, den die Bewegung unter dem Führer Adolf Hitler seit Jahren aus diesen zwingenden Notwendigkeiten der deutschen Existenzrettung stets belebt habe und weiter beleben werde.

1,25 Million Mitglieder des Gesamtverbandes der Angestellten

Berlin, 14. Juli. Wie das V.D.A.-Büro meldet, ist der erste Teil der Maßnahmen beendet worden, die der Reichstagsabgeordnete Dr. Forster, Danzig, als Führer der Deutschen Arbeitsfront angeordnet hatte. Rund 1 1/4 Million männliche und weibliche Angestellte aller Berufe, die bisher in mehr als hundert Verbänden und Vereinen organisiert waren, sind in den Gesamtverband der Deutschen Angestellten übergeführt und unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt worden. Der Gesamtverband gliedert sich in acht Männerverbände und einen Frauenverband. Den Verbänden sind durch Umwandlung bisheriger Erwerbsstellen fünf Berufsgruppen angegliedert. Die Deutsche Arbeitsfront hat folgende Anordnung ergehen lassen: „Der Gesamtverband der deutschen Angestellten umfaßt alle deutschen Volksgenossen, welche gemäß § 1 Abs. 1 und 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes in die Angestelltenversicherung einbezogen sind, auch wenn sie infolge ihrer Einkommenshöhe nicht mehr versicherungspflichtig sind.“ Demgemäß haben alle deutschen Angestellten, die bisher keinem der neuen Verbände angehören, ihre Eingliederung in die Deutsche Arbeitsfront durch Erwerb der Mitgliedschaft bei dem für ihren Beruf zuständigen Berufsverband des Gesamtverbandes vorzunehmen. Aufgenommen werden nur Angestellte arischer Abstammung.

Steuererleichterungen geplant

Große Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 14. Juli. Das Reichskabinetts trat heute morgen zu einer großen Sitzung zusammen, die bis in den heutigen Abend dauern wird. Dem Kabinetts liegt eine umfangreiche Tagesordnung vor, die zahlreiche wichtige neue Gesetzesentwürfe enthält. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein großer Gesetzesentwurf des Reichsfinanzministeriums über neue Steuererleichterungen.

Auf der weiteren Tagesordnung der Kabinettsitzung stehen noch ein Gesetzesentwurf über die Arbeitslosenhilfe, das Konkordat mit dem Vatikan, die Neuordnung der Evangelischen Kirche, ein Gesetz über die Neuordnung der Staatsangehörigkeit, das die Nachprüfung aller Einbürgerungen und die Abberufung der Staatsangehörigkeit ermöglicht, die Beratung von Siedlungsfragen, ein Gesetz von Reichsminister Darré über die Förderung der Schaffung von Bauernhöfen, ferner ein Gesetzesentwurf über die Zulässigkeit des Reiches für die Regelung des kändischen Aufbaues in der Landwirtschaft und ein Gesetzesentwurf zur Verhütung erkrankter Nachwuchs.

Hakenkreuzfahne auf dem französischen Außenamt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Juli. Das französische Auswärtige Amt hat heute eine besondere Sensation zu verzeichnen. Anlässlich des französischen Nationalfestes zeigt das französische Auswärtige Amt nämlich die Fahnen sämtlicher Nationen, mit denen Frankreich in normalen diplomatischen Beziehungen steht. Da mithin auch die deutsche Fahnen gehißt werden, so ist heute zum ersten Male auf dem Dach des französischen Auswärtigen Amtes die Hakenkreuzfahne zu erblicken und zum ersten Male seit 1914 wieder die schwarz-weiß-rote Fahne.

Rote Propagandazentrale aufgedeckt

Regelmäßiger Kurierdienst Berlin-Litauen

Ragnisberg, 14. Juli. Die umfassenden und energischen Maßnahmen der litauischen Polizei haben nunmehr zu der restlosen Aufdeckung einer weitverbreiteten kommunistischen Propagandazentrale geführt. Die von der litauischen kommunistischen Partei in Berlin ausging und in erster Linie gegen den litauischen Staat richtete, die aber auch im Grenzgebiet auf ostpreussischem Boden ihre Helferstellere suchte und fand.

Zwei von der litauischen Polizei festgenommene Personen haben angegeben, daß

seit über einem Jahre ein ständiger Kurierdienst

zwischen Berlin und Ragnisberg, Berlin-Ragnisberg-Insterburg-Eydtuhnen, Ragnisberg-Schirwindt-Stallupönen-Schilchen an der Memel-Ragnit und Ragnisberg-Litka besteht. Die Kurier, die auf dieser Strecke umherreisen, haben das ihnen anvertraute Material bis an die Grenze gebracht. Der eine festgenommene Kurier, ein Berliner Kurierschreiber K., gab zu erkennen, daß sein Auftraggeber seiner Auffassung nach ein Jude sein müsse. Beamten der litauischen Polizei gelang es in Berlin, mit Unterstützung der geheimen Staatspolizei, den Mann, der die ganzen Fäden dieser Umtriebe in seiner Hand hielt, unter großen Schwierigkeiten aus einer großen Menschenmenge heraus auf dem Spittelmarkt in

Berlin zu verhaften.

und ihn nach Litka zu bringen, wo er sich jetzt noch im Polizeigewahrsam befindet. Er ist ein gewisser Feliks Schmuckel W., der sich als Student an der Berliner Universität hat immatrikulieren lassen. Er ist zweifellos ein Beauftragter der litauischen kommunistischen Partei in Berlin, der mit ganz außerordentlichen Mitteln die gesamte litauische kommunistische Tätigkeit in Berlin geleitet hat. Es scheint festzustellen, daß er auch ein Mittelsmann der Tscheka (G.P.U.) ist.

In Litka konnten etwa 1 1/2 Zentner litauisch-kommunistische Druckschriften beschlagnahmt werden, die zum Teil erst zwei Stunden vorher die Druckpresse verlassen hatten.

Die Helfer bei dem nicht ungefährlichen Schmugglergeschäft wurden außerordentlich schlecht bezahlt. Während die großen Deute 125 Mark pro Monat, ferner 3 Mark Tagespensen erhalten, wurden die kleinen mit 3 Mark pro Sendung abgefunden. Der Schmuggelverkehr ist, wie sich einwandfrei herausgestellt hat, restlos durch litauische Hände gegangen. Im Verlauf der Aktion sind im ganzen 12 Personen festgenommen worden.

Staatsnotwehr gegen Scheidemann

Exemplarisches Vorgehen des Geheimen Staatspolizeiamtes gegen Verleumder im Ausland

Berlin, 14. Juli. Um gegen die unqualifizierbaren Versuche, die kändia im Ausland gegen Deutschland heben, vorzugehen, hat, wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, das Geheime Staatspolizeiamt nun ein Exemplar statuiert. Bekanntlich ist der frühere sozialdemokratische Reichsanwält und Abgeordnete Scheidemann ins Ausland geflohen und bemüht sich dort, durch schamlose Lügen über Deutschland das deutsche Volk und seine Vertreter im Ausland zu beschimpfen. Kürzlich hat er in einem Schmähartikel in der „New York Times“ versucht, durch systematische Lügen eine neue Grenzlinie gegen Deutschland zu entwerfen.

Nunmehr hat zur Abwehr dieser gemeinen landesverräterischen Hebe das Geheime Staatspolizeiamt die einschlägige Maßnahme der Staatsnotwehr ergriffen, indem es nämlich fünf Verwandte des Herrn Scheidemann, die sich in Deutschland aufhalten, in Schutzhaft genommen und in ein Konzentrationslager gebracht hat. Dieses exemplarische Vorgehen des Geheimen Staatsamtes dürfte wohl allen Schmugglern und Verleumdern hoffentlich zur Warnung dienen. Die Regierung ist nicht gewillt, weiterhin mit anzusehen, wie das deutsche Volk durch feige und gewissenlose Versuche im Ausland beschimpft und verleumdet wird.

Oesterreichische Soldaten beurlaubt

Wegen des Verdachtes nationalsozialistischer Gesinnung

Wien, 14. Juli. In St. Pölten (Niederösterreich) wurden in der Kaserne bei Soldaten, die Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei gewesen waren, von Kriminalbeamten und in Anwesenheit von Stabsoffizieren Hausdurchsuchungen vorgenommen. Trotzdem nach den vorliegenden Berichten belastendes Material nicht vorgefunden wurde, ist gegen zehn Militärpersonen, darunter zwei Offiziere, Strafanzeige erstattet worden. Sieben Soldaten wurden beurlaubt und zum sofortigen Verlassen der Kaserne aufgefordert.

Die Wirtschaftskommissariate aufgehoben

Berlin, 14. Juli. Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit: Nachdem auf Anordnung des Herrn Reichsfinanzministers Kommissare auf dem Gebiete der Wirtschaft nicht mehr tätig sein sollen, hat der Herr Reichswirtschaftsminister die den Herren Reichskommissaren für die Wirtschaft Dr. h. c. Wagener und Moellers von seinem Amtsvorgänger angefertigten Bestellungen zurückgenommen. Damit erlöschen sämtliche von den genannten Herren Reichskommissaren erteilten Vollmachten, sowie sämtliche gegebenen Intervallmachten.